

EU-Kritiker jubeln – zu früh?

Der Brexit-Deal solle dem Bund als Modell dienen in den Gesprächen mit der EU, fordern die Kritiker des Rahmenvertrags. Doch der Vergleich Schweiz-Grossbritannien hinkt. **Von Stefan Bühler**

Frohe Kunde für die Schweizer Gegner des Rahmenabkommens - und das an Heiligabend: Das Vereinigte Königreich und die EU haben sich beim Brexit auf ein Abkommen geeinigt, in dem der Europäische Gerichtshof (EuGH) keine Rolle spielt. Grossbritannien ist auch nicht verpflichtet, EU-Recht zu übernehmen. Keine fremden Richter, kein fremdes Recht! Die Briten haben also genau das wegbedungen, was hierzulande Kritiker am Entwurf des institutionellen Rahmenabkommens zwischen der Schweiz und der EU kritisieren.

Kein Wunder, meldeten sich die EU-Skeptiker schon Stunden nach dem Durchbruch in London zu Wort: «Brexit-Einigung gibt der Schweiz die Chance zu einem besseren Rahmenabkommen» überschrieb das Komitee **Autonomiesuisse** eine Mitteilung, die es noch an Heiligabend verschickte. Die souveränitätspolitischen Fragen würden in den Brexit-Verhandlungen weitgehend so geregelt, wie es **Autonomiesuisse** für den Rahmenvertrag mit der Schweiz anstrebe. In die gleiche Kerbe schlägt SVP-Fraktionspräsident Thomas Aeschi: «Der Brexit-Vertrag ist eine Bestätigung dafür, dass ein Vertrag mit der EU auch ohne EuGH und ohne dynamische Rechtsübernahme möglich ist.» Dies sei ein weiteres Argument dafür, «dass das Rahmenabkommen nicht unterzeichnet werden darf». Seiner Einschätzung nach «könnte für einen neuen Vertrag mit der EU das Brexit-Abkommen als Vorlage dienen». Es sei viel detaillierter als das Rahmenabkommen und lasse darum auch weniger Spielraum für Interpretationen und Auslegung durch die EU.

Regierung «auf Tauchstation»

Im Wirtschaftsdachverband Economiesuisse wie in den Reihen von FDP und CVP ist man zunächst froh, dass es nicht zum harten Brexit kommt: Dieser hätte die Wirtschaft in Europa zusätzlich zur Corona-Krise belastet. Mit Blick auf die Nachverhandlungen des Bundes mit der EU stellt FDP-Präsidentin Petra Gössi fest, dass sich die Ausgangslage zwischen Grossbritannien und der Schweiz grundsätzlich unterscheide: Das Königreich entferne sich von der EU, während die Schweiz mit dem bilateralen Weg einen besseren Zugang zum EU-Binnenmarkt habe. Trotzdem findet sie, «dass der Bundesrat mindestens versuchen sollte, eine Lösung ohne den EuGH auszuhandeln». Dies würde die Aussicht des Rahmenvertrags auf Erfolg in einer Abstimmung verbessern.

Auch CVP-Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneider hält die Verhandlungspositionen des Vereinigten Königreichs und der Schweiz nicht für vergleichbar: London habe jetzt ein Freihandelsabkommen mit der EU abgeschlossen; das Freihandelsabkommen

Forderungen an Bundesrat



Monika Rühl: Die Economiesuisse-Direktorin sieht den Bundesrat «auf Tauchstation».



Petra Gössi: Die FDP-Präsidentin findet, der Bund solle noch einmal über die EU-Richter diskutieren.



Thomas Aeschi: Der SVP-Fraktionschef fordert einen Vertrag mit der EU in der Art des Brexit-Deals.



Letztes Treffen vor einem Jahr: Bundespräsidentin Sommaruga mit EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen. (WEF Davos, 20. 1. 2020)

der Schweiz mit Brüssel stamme derweil aus dem Jahr 1972. Grossbritannien stehe jetzt am Beginn eines «steinigen» bilateralen Wegs. «Die Schweiz ist viel weiter und hat dank den Bilateralen sektoriell Zugang zum EU-Binnenmarkt», sagt Schneider-Schneider.

Economiesuisse-Direktorin Monika Rühl kommentiert die jüngsten Entwicklungen zurückhaltend: Was der Brexit-Deal für die Schweiz bedeute, lasse sich erst nach dessen eingehender Analyse sagen. «Sollte sich zeigen, dass das Abkommen der Briten Elemente enthält, die auch im Interesse der Schweiz sind, soll der Bundesrat das in den Verhandlungen mit der EU auf den Tisch bringen.» Ohnehin sieht Rühl nun den Bundesrat in der Pflicht, endlich Führungsverantwortung zu übernehmen. Dieser sei in der Europapolitik seit Monaten «auf Tauchstation»: Im Moment hört man fast nur die Skeptiker», sagt sie. Dabei geniesse der bilaterale Weg weiterhin grosse Unterstützung (Text unten). Die Regierung gibt sich freilich bedeckt. «Das Aussendepartement kommentiert das Brexit-Abkommen nicht», heisst es auf Anfrage. Was das Rahmenabkommen betreffe, «hat sich die Situation nicht geändert». Das bestätigen auch erste Analysen und Gespräche mit Experten:

Der Brexit-Deal dürfte die Schweizer Verhandlungen mit der EU in zentralen Punkten wie dem EuGH oder der dynamischen Rechtsübernahme weniger beeinflussen, als sich dies die Gegner wohl erhoffen.

Schweiz ist stärker an EU gebunden

So wird das Verhältnis Grossbritanniens mit der EU in Zukunft viel weniger eng sein als die Beziehung Schweiz-EU. In der Schweiz gilt die Personenfreizügigkeit mit der EU. Zudem haben Schweizer Firmen etwa dank dem Vertrag über die technischen Handelshemmnisse einen erleichterten Marktzugang, der den Briten in dieser Form nicht mehr gewährt wird. Das bedingt aber, dass die Schweiz in diesen Bereichen EU-Recht übernimmt. Für Rechtsexperten ist deshalb klar, dass deswegen der

EuGH bei Streitigkeiten beigezogen werden soll. Brüssel werde in diesem Punkt gegenüber Bern kaum nachgeben. Kritiker aber weisen darauf hin, dass die EU ursprünglich auch gegenüber den Briten eine Lösung mit dem EuGH gefordert hat, dann aber davon abgekommen ist: «Nachdem sich die EU in dieser Frage gegenüber London bewegt hat, kann das die Schweiz auch für sich einfordern», findet eine mit dem Dossier vertraute Person.

Weitgehende Einigkeit herrscht in Bundesbern derweil in einer anderen Frage. Die britischen Universitäten können sich weiterhin am EU-Forschungsprogramm Horizon beteiligen. Damit sei es kaum mehr haltbar, dass die EU die Teilnahme der Schweiz an Horizon mit dem Abschluss des Rahmenvertrags verknüpfe, heisst es in Bern. Entschieden wird dies freilich in Brüssel.

Genauso wie EU-Skeptiker neue Hoffnungen aus dem Brexit-Deal schöpfen, gibt er EU-Freunden Grund zur Zuversicht: «Mit der Hartnäckigkeit ihres Chefunterhändlers und der Geschlossenheit ihrer Staaten hat die EU mit dem Brexit-Deal gezeigt, dass sie offensichtlich an Lösungen interessiert ist», sagt Eric Nussbaumer, Präsident der Neuen Europäischen Bewegung Schweiz.

«Die EU hat mit dem Brexit-Deal gezeigt, dass sie offensichtlich an Lösungen interessiert ist», sagt der Präsident der EU-Freunde.